



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 0885890

P/XV/220 - 26. September 1960

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2

Das Dilemma der Jungen Union

81

Jugendliche Epigonen einer erstarrten Politik

Von Bruno Friedrich

3 - 4

Die Tibet-Frage vor den Vereinten Nationen

73

Von Erwin Erasmus Koch

5 - 6

Anerkennung über die Hintertreppe?

64

Das Bundeswirtschaftsministerium und die CGD

Von Hans Vandenbergk

7

"Klüngelwirtschaft" oder "Der Kampf der Tertie"

46

Der Bundeskanzler enttäuschte die Kommunalpolitiker der CDU

* * *
* * *

Das Dilemma der Jungen Union

Jugendliche Epigonen einer erstarrten Politik

Von Bruno Friedrich

Der Deutschland-Tag 1960 der Jungen Union in Mainz hat hinreichende Antwort auf drei Fragen gegeben:

1. Wer ist die Junge Union organisatorisch?
2. Wo steht heute die Junge Union politisch?
3. Wie geht die Junge Union in die Wahl?

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Dr. Bert Ewen verdient Dank für die Zerstörung der Legende vom "stärksten politischen Jugendverband", der 80 000 Mitglieder zählenden Jungen Union. Er legte am Rednerpult das Geständnis ab, dass in verschiedenen Landesverbänden der Jungen Union bis jetzt auch über 40-Jährige Mitglied sein konnten und dass man sich nun geeinigt habe, künftig das Jugendalter in der CDU bei Beginn des 5. Lebensjahrzehnts für beendet zu erklären. Hervorgehoben wurde, dass fast alle bis zu 40 Jahre alten Mitglieder der CDU der Jungen Union angehören. In verschiedenen Landesverbänden hat man bisher alle CDU-Mitglieder bis zu einer bestimmten Altersgrenze der Jungen Union automatisch zugerechnet. Beharrt die CDU auf der vor vier Monaten in Karlsruhe genannten Zahl von insgesamt 300 000 Mitgliedern, dann kann man den Angaben des Bundestagsabgeordneten Ewen entnehmen, dass die CDU bereits 15 Jahre nach ihrer Gründung biologisch stark überaltert ist.

Wo ist der politische Standort der Jungen Union? Die Diskussionen um dieses Thema brachten ein klares Bekenntnis zum Konservatismus. Die Junge Union geht in den Bundestagswahlkampf 1961 mit jugendlichen Epigonen einer erstarrten Politik. Die CDU/CSU hat eine Junge Union - eine politische Jugend hat sie nicht. Am deutlichsten wurde dies im Arbeitskreis IV (Thema: "Geistiger Standort der CDU/CSU) mit Bundestagsabgeordneten Dr. Bruno Heck als Referenten - und über der Hälfte aller Delegierten als Diskussions Teilnehmer. In langen Erörterungen kam man über das oft recht schwierige Unternehmen, das "C" im Namen der Unionsparteien als christlich und konservativ zugleich zu rechtfertigen und über den Versuch, sich zum Godesberger Programm der SPD durch einen Rückzug auf die Theologie (man betreibe Politik auf dem Boden "göttlicher Wahrheit") abzugrenzen, nicht hinaus. Der Missbrauch wirtschaftlicher Macht soll

durch das Vorhandensein von Freiheit ausgeglichen werden. Der Satz Dr. Hecks "Missbrauch kann vom Staat nur in ganz geringem Umfang verhindert werden", war das Eingeständnis für die Unfähigkeit der CDU, dem Arbeitnehmer einen gerechten Anteil am Ertrag seiner Arbeit zu sichern. Mit überholten Subsidiaritätsvorstellungen aus dem 19. Jahrhundert will man die Probleme der Massengesellschaft des 20. Jahrhunderts lösen. Die gegebene Struktur unserer Gesellschaft wird ebenso ignoriert wie der stärker werdende wirtschaftliche und sozialpolitische Druck aus dem Osten.

Kein Wunder, dass die Junge Union kein Verhältnis zu einer Sozialdemokratie finden kann, die durch ein neues Programm gezeigt hat, dass sie mit klaren zeitgemässen Vorstellungen die Lösung der Probleme des 20. Jahrhunderts anstrebt. Unfähig, zu dieser modernen Sozialdemokratie eine politische Alternative zu entwickeln, entschied sich die Junge Union in Mainz für eine Schlamm-Alternative im doppelten Sinne des Wortes, der eindeutig wird durch den Begriff "Schutz-Linie". Ausgerechnet die aus der Frontstadt Berlin kommenden Vorstandskandidaten Börner und Hammerstaedt buhlten um die Stimmen des Plenums mit den makabren Bemühen, in Angriffen gegen Berlins Regierenden Bürgermeister, Willy Brandt, das grössere Talent zur Unanständigkeit nachzuweisen.

Das Verhältnis der Jungen Union zur Bundesrepublik als Rechtsstaat und den ihm schützenden Institutionen unterstreicht der im Flugblatt "Aktion" abgedruckte Satz: "Die Kadis von Karlsruhe gewöhnen sich allmählich daran, für jeden möglichen Streitfall ein Verfassungspartikelchen ausfindig zu machen". Die Gegensätze auf der breiten Skala jungunionistischer Worte, von einer obszön-perversen Fotomontage über die deutsche Sozialdemokratie in den Blättern für "Junge Politik" bis zu der in einer Entschliessung bekundeten Inanspruchnahme "göttlicher Wahrheit", beide den Zuhörern dargeboten in einem Zeitraum von 10 Minuten, verband Vorsitzender Dr. Stoltenberg mit den ihm geläufig über die Zunge gehenden Worten "Wir haben klare, redliche, geistige Haltung". Unsicher wirkte Dr. Stoltenberg dagegen, wenn er die Junge Union gegen den Anspruch der SPD, politische Kraft der deutschen Jugend zu sein, verteidigte. Vielleicht hat Dr. Stoltenberg noch nicht vergessen, was die eigene Monatschrift der Jungen Union, "Die Entscheidung", vor drei Monaten schwarz auf weiss druckte: "Die Verjüngung in der Sozialdemokratie ist in vollem Gang. Das ist ein Prozess, den man dort schon vor drei Jahren vorausah und der sich bei der Aufstellung der Kandidaten für die Bundestagswahl im nächsten Jahr auswirken wird. Eine verjüngte sozialdemokratische Führungsschicht aus Männern und Frauen, die es in ihrem Berufsleben zu etwas gebracht haben, von denen viele Akademiker sind, bildet sich relativ schnell nach dem skandinavischen Beispiel. Die Christlichen Demokraten sind ganz offensichtlich noch nicht so weit."

In der Tat: es ist das Dilemma der Jungen Union, im kommenden Wahlkampf einen alten Mann und seine erstarrte Politik gegen eine die Zeit begreifende junge Sozialdemokratie vertreten und dazu eine Position einnehmen zu müssen, die sich darin erschöpft, den Tag der überfälligen Ablösung als Regierungspartei nach Möglichkeit hinauszuschieben.

Die Tibet-Frage vor den Vereinten Nationen

Von Erwin Erasmus Koch

Die Generalversammlung der Vereinten Nationen wird sich in diesen Wochen nochmals mit der Tibet-Frage beschäftigen. Der vierzehnte Dalai Lama hat aus seinem abgelegenen Exil in Dharamsala bei Dalhousie eine Abordnung von sechs buddhistischen Priestern nach New York delegiert. Er beklagte auch in einem Schreiben an den Verfasser unseres Berichts das Schicksal seines Staates, die Okkupation des Schneelands durch Rotchina, die Unterdrückung des Glaubens der Tibeter, willkürliche Deportationen einzelner und ganzer Stämme des kaum mehr als drei Millionen Menschen zählenden Volkes, die Einrichtung von Konzentrationslagern auf dem "Dach der Welt" und die Verwandlung Tibets in ein riesiges militärisches Arsenal. Aber kann die UNO dem "Priester des weiten Ozeans", wirksame Hilfe leisten? Die Hoffnungen, die der Dalai Lama noch immer darauf setzt, werden ihn enttäuschen. Die Tibet-Frage stellt, nüchtern betrachtet, einen Anachronismus dar, auch, wenn der "Afro-Asian-Council", eine machtlose Institution die Verurteilung Chinas und die Befreiung Tibets fordern wird.

Der indische Ministerpräsident Nehru hatte seinen Exil-Gast, verärgert über dessen verschiedene politische Attacken, aus einem der Brennpunkte des indischen Verkehrs entfernen lassen. In einem umfangreichen Schriftwechsel mit Tschu En-lai wies der indische Ministerpräsident die Vorwürfe der Regierung in Peking entschieden zurück. Er habe keinesfalls Umtriebe des höchsten Priesters der Lama-Kirche geduldet. Nehru schloss: "In einem demokratischen regierten Staate besteht aber das Recht der freien Meinungsäußerung. Der Dalai Lama gab nur seine persönlichen Ansichten bekannt, mit denen sich Indien nicht identifiziert."

Jawaharlal Nehru legte dem Hierarchen Mäßigung und überhaupt Schweigen äringend nahe. Gleichviel verkündete der Dalai Lama weiter, was er bereits auf der ersten Pressekonferenz in Mussoorie ausgeführt hatte: "Ich vernehme schmerzerfüllt, Tag für Tag, den Kummer der Menschen in Tibet. Ihre steigenden Ängste, ihre Qualen und Verfolgungen, die Deportationen und Hinrichtungen U. schuldiger erschüttern mich. Um der Religion und meines Volkes willen, muss ich der Welt die Wahrheit über Tibet mitteilen."

Allein in zwei Provinzen des Schneelandes, seien nach den Angaben des "Königs des Gesetzes" innerhalb von drei Monaten 65 000 Mönche, Handwerker und Nomaden durch die chinesische "Volksbefreiungsarmee" getötet worden. Man mag Zweifel an der Richtigkeit dieser Zahl hegen, da sie sich lediglich auf Angaben von Flüchtlingen stützen kann. Gleichviel steht fest, dass die Generale der kommunistischen Heeresverbände und das Politbüro der KPCH die Tibet-Frage rücksichtslos, ohne die geringste Achtung vor Menschenwürde und Menschenrechten, lösten und sich weiter in diesem Sinne beschäftigen. Vielleicht sind unterdessen Hunderttausend oder zweihunderttausend Tibeter den Henkern und Pelotons zum Opfer gefallen. Man wird darüber nie mehr als vage Vermutungen hören.

Die Behauptung des Dalai Lama, das chinesisch-tibetanische Abkommen von 1951 sei unter Zwang, unter dem Druck der Bajonette zustande gekommen, hatte nur polemische und keine tatsächliche Bedeutung. Jenes Abkommen, der "Freundschaftsvertrag" mit China, war am 23. Mai 1953 von einer tibetischen Regierungsdelegation in Peking unterzeichnet worden. Der noch sehr junge Dalai Lama, - er war damals sechzehn Jahre alt - hatte sich nach der Kapitulation der tibetischen Streitmacht zur ersten Flucht an die Grenze von Sikkim entschlossen. Sein Stellvertreter, der Pantshen Rinpoché, zählte dreizehn Jahre. Mao Tse-tung und Tschu En-lai umschmeichelten ihn. Darauf telegraphierte der "Priester des weiten Ozeans", der Zentralen Volksregierung in Peking, er werde nach Lhasa zurückkehren und alle Kraft für den Aufbau des "grossen Mutterlandes China und für Tibet" einsetzen.

Das damit gutgeheissene Vertragswerk war ohnedies in Kraft getreten. Es setzte in siebzehn Paragraphen den Status Tibets als autonomen Landesteil Chinas noch einmal ausdrücklich fest.

Das Schneeland hatte sich bereits mehr als zweihundert Jahre zuvor dem Reich der Mandschu-Kaiser unterstellt. Es war damit endgültig eine Provinz im Herrschaftsbereich der "Söhne des Himmels" geworden. Die im Gefolge der Schwächung der Mandschu auftretenden Revolten und insbesondere auch die Ränke des dreizehnten Dalai Lamas änderten darin nichts. Er hatte zwar zunächst um den Schutz der Zaren nachgesucht und dann die Protektion Englands gewinnen wollen. Er hatte auch nach dem ersten Weltkrieg "souverän" regiert. Aber Tibet war niemals ein international anerkannter, selbständiger Staat gewesen. Im Gegenteil, England bekräftigte noch 1913 im Simla-Abkommen, dass der Kirchenstaat zu China gehöre. Die Diskussion der Tibet-Frage kann also nur eine moralische Verurteilung des Vorgehens der Kommunisten ergeben. + + + - 5 -

Anerkennung über die Hintertreppe?

V. n. Hans Vanderbergh

Seit ihrer Gründung im Jahre 1956 ist die sogenannte Christliche Gewerkschaft Deutschlands (CGD) ihre Sorge nicht losgeworden, sich aus ihrem embryonalen Zustand zu einer stattlichen Gewerkschaft zu mausern. Auch mehrere mit grossem Publicity-Streben durchgeführte Kongresse zum Zwecke der organisatorischen Neuordnung zeitigten keine sichtbaren Erfolge, es sei denn, dass man den neuen und anspruchsvollen Namen "Christlicher Gewerkschaftsbund Deutschlands" (CGB) als einen Fortschritt betrachtet. Das entscheidende Kriterium einer Gewerkschaft, nämlich eine zahlenmässig starke Mitgliedschaft, blieb diesem Bund bis auf den heutigen Tag versagt - und damit natürlich auch jene materielle Grundlage, die ein unbedingtes Erfordernis in der Auseinandersetzung mit den Unternehmern ist.

Was für den sogenannten CGB jedoch typisch ist, sind die zahlreichen CDU-MdB's, die sich in seinen lichten Reihen tummeln und wahrscheinlich mit ihrer Repräsentanz ein Äquivalent für die immer noch fehlende starke Mitgliedschaft darstellen sollen. Blieb dem CGB also schon die Anerkennung durch die Arbeitnehmerschaft selbst versagt, so bewegte er sich auch auf dem Gebiete der Tarifpolitik in einer geradezu provinziellen Enge. Sicht man von einigen Anschluss-Tarifverträgen ab, so sind der Christgewerkschafter tarifpolitische Erfolge nicht der Rede wert. Lediglich in den Bundesministerien fanden die vereinsamen CGB-Funktionäre freundliche tarifliche Verhandlungsbereitschaft - für die dort beschäftigten Arbeiter und Angestellten. Ansonsten aber spielt die CDU-Gewerkschaft keine irgendwie bedeutende gesellschaftspolitische Rolle. Mit anderen Worten: Das soziale Geschehen in der Bundesrepublik spielt sich ohne sie ab.

Die Existenz des CGB wird immer nur dann offenkundig, wenn er den verzweifelten Versuch macht, sich öffentliche Anerkennung zu verschaffen. Wen will es verwundern, wenn dabei regierungsseitig aktive Schützenhilfe geleistet wird? So hat jetzt das Bundeswirtschaftsministerium für einen handfesten Eklat gesorgt: Bei der Zusammenstellung einer deutschen Delegation für eine von der Hohen Behörde in Luxemburg geplante Tagung über die Ansiedlung von Ersatzindustrien in den Berg-

baugebieten hat das Ministerium ohne Rücksprache mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund und der IG Bergbau und Energie einen Vertreter des sogenannten "Christlichen Bergarbeiterverbandes" (CBV) - eine Berufsgruppe im CGB - als offizielles Delegationsmitglied aufgenommen.

Der DGB und die IG Bergbau und Energie haben daraus eine unmissverständliche Konsequenz gezogen: Sie haben ihre Vertreter aus der Delegation zurückgezogen. So wird sich also die recht groteske Situation ergeben - falls das Bundeswirtschaftsministerium seine Meinung nicht ändern sollte - dass auf der einen Seite die IG Bergbau und Energie im Steinkohlenbergbau harte Lohnverhandlungen (natürlich ohne CBV!) mit den Unternehmern führt, um die Interessen der Bergarbeiter wahrzunehmen, während auf der anderen Seite der Vertreter einer bedeutungslosen Sekte in einer bundesdeutschen Regierungsdelegation bei der Hohen Behörde den Interessenvertreter der deutschen Bergarbeiter milt.

Ein ebenso zuverlässiger wie solider Maßstab dürfte das Ergebnis der letzten Betriebsrätewahlen (März 1959) sein, um die "Bedeutung" des CBV im Bergbau zu urteilen. Von den insgesamt 476 928 gültigen Stimmen entfielen auf

die IG Bergbau	462 618 = 97,0 %
den CBV	5 836 = 1,2 %
Sonstige	8 474 = 1,8 %

Gemäss diesem Wahlergebnis stellt die IG Bergbau und Energie heute 4617 Betriebsräte und der CBV ganze 23! Es kann angesichts dieser eindeutigen Situation deshalb weiter nicht überraschen, wenn der DGB in dem Verhalten des Bundeswirtschaftsministeriums den "provokativen Versuch" sieht, "einer Organisation zur Anerkennung zu verhelfen, obwohl ihr diese Anerkennung durch die Arbeitnehmerschaft selbst eindeutig versagt wurde". Überraschen muss allerdings, wie wenig das Bundeswirtschaftsministerium über entscheidende gewerkschaftsorganisatorische Fragen unterrichtet ist, denn sonst hätte es nicht zu diesem faux-pas kommen können.

"Klüngelwirtschaft" oder "Der Kampf der Tertia"

-ert. Als am Nachmittag des 23. September 250 Kommunalpolitiker der CDU/CSU spontan von ihren Sitzen aufsprangen, ahnten sie freilich noch nicht, dass der soeben eingetretene Bundeskanzler und Parteichef Dr. Adenauer ihnen einige Überraschungen bieten würde. Zunächst einmal machten sie lange Gesichter, als Dr. Adenauer die Kameramänner der Wochenschau bat, die Scheinwerfer auszuschalten, damit er sich - wie er sagte - ungestört mit den Delegierten der Jahreskonferenz der "Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU/CSU" unterhalten könne. Einige unter ihnen, die die propagandistische Wirkung einer Wochenschauaufnahme richtig einschätzten, kurrten, dass der Kanzler hier einen elementaren Fehler gemacht habe.

Die Gesichter der anwesenden Kommunalpolitiker wurden aber noch länger, als der Kanzler ihnen gehörig die Leviten las. Dem Vorsitzenden der Nachmittagskonferenz, dem stellvertretenden Berliner Bürgermeister Franz Amrehn, war es nicht sehr wohl zumute, als der Kanzler seine Stadt- und Gemeindeabgeordneten mit den Worten ankündigte, es habe sich in vielen Gemeinden eine "Klüngelwirtschaft" herausgebildet, die die CDU/CSU-Abgeordneten dazu verführe, mit dem politischen Gegner - der SPD - Arm in Arm zu gehen. Nun weiss man aus der grossen Politik, dass der Kanzler nahezu alles zu akzeptieren bereit ist, nur nicht eine gemeinsame Politik mit den Sozialdemokraten. Um diese Kampfesthesse zu untermauern, erzählte der Kanzler Histörchen aus seiner Schülerzeit. Er teilte den erstaunten Zuhörern, die ein grundlegendes Referat über Kommunalpolitik und Weltlage erwartet hatten, mit, dass er bereits auf der Obertertia in den Wahlkampf eingegriffen habe, und zwar in Form von Prügeleien mit liberal denkenden Schülern. Nun sind Obertertianer gestern wie heute allerdings erst 15 oder 16 Jahre alt, so dass man bei ihnen von eigener politischer Meinung wohl noch nicht sprechen kann.

Dr. Adenauers Gedanken kreisen bereits ständig um die grosse Wahlauseinandersetzung im kommenden Jahr. Seine Zuversicht ("... wenn es auch an die Öffentlichkeit kommt, meine Damen und Herren".) bei den Gemeindewahlen für seine Parteifreunde ist nicht gross. Was er ihnen mit auf den Weg gab, war offener Pessimismus. Deshalb ergänzte er, vorsichtigerweise, sogleich, dass die Kommunalwahlen für ihn kein Test der Bundestagswahl seien. Jedenfalls musste der politische Beobachter feststellen, dass die Delegierten der Kommunalpolitischen Konferenz der CDU/CSU keinen zuversichtlichen Parteiführer haben sprechen hören.

Erfreulicher Schlusspunkt war eine einstimmig angenommene Entschliessung, die die Freundschaft mit Berlin bekundete. Allerdings wird Bürgermeister Amrehn bei der Verrode eines seiner Kollegen ("... es gibt nicht nur einen Brandt, sondern auch einen Amrehn".) nicht ganz wohl gewesen sein, denn wie man weiss, gibt es zwischen den beiden Berliner Politikern an der Spitze der bedrängten Stadt keine Rivalitäten, die ein solches Hervorheben notwendig machen würden. Amrehn hat es doch gar nicht nötig, sich von seinen Parteifreunden auf diese Art und Weise populär machen zu lassen.

+ + +

Verantwortlich: I. V. Albert Exler